

Postulat Florence Schmid (JF)/Tom Berger (FDP): Von Ostermundigen lernen – Verwaltungsreform für die Stadt Bern

Dem Gemeinderat wird folgender Auftrag erteilt (punktweise Abstimmung):

1. Einen umfassenden Bericht für eine Parlaments-, Regierungs- und Verwaltungsreform zu verfassen.
2. In die Erarbeitung des Berichts, wo sinnvoll und notwendig, unabhängige externe Stellen zu involvieren.
3. Den Bericht dem Stadtrat zur Genehmigung vorzulegen.

Begründung

Die Fusion der Gemeinden Ostermundigen und Stadt Bern ist am Nein von Ostermundigen gescheitert. Wäre die Fusion zustande gekommen, hätte die Stadt Bern im Zuge der Zusammenführung der beiden Gemeinwesen eine Verwaltungsreform durchgeführt. Doch diese ist auch nach dem Scheitern der Fusion angezeigt: Die Stadt Bern soll ihre Aufgaben und Dienstleistungen möglichst effizient und wirkungsvoll erbringen. Dafür muss sie schlank strukturiert sein, sinnvolle Prozesse haben, Synergien nutzen und Doppelspurigkeit innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch zu übergeordneten kantonalen und nationalen Behörden, unbedingt vermeiden. Derart sollen für die weitere Entwicklung der Stadt wichtige Vorhaben wie die Planung und Realisierung von neuen Stadtteilen, aber auch konkrete einzelne Projekte künftig viel schneller realisiert werden können: Wenn die Gemeinde Ostermundigen in weniger als zehn Jahren ein Hochhaus bauen kann, soll die Bundesstadt dies auch können.

Bern, 15. Februar 2024

Erstunterzeichnende: Florence Pärli Schmid, Tom Berger

Mitunterzeichnende: Simone Richner, Ursula Stöckli, Nik Eugster, Oliver Berger

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat verweist auf den inzwischen am 27. Juni 2024 eingereichte *Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA, GFL, SVP (Barbara Keller, SP/Bernadette Häfliger, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP/Raffael Joggi, AL/Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Michael Ruefer, GFL/Francesca Chukwunyere, GFL/Alexander Feuz, SVP): Vergrösserung des Gemeinderates von fünf auf sieben Mitglieder (2024.SR.0168)* und auf seine Antwort darauf. Die beiden Vorstösse betreffen grundsätzlich dieselbe Materie bzw. die Motion, wird sie angenommen, würde einen wesentlichen Grundstein für eine Regierungs- und Verwaltungsreform legen. Der Prüfungsbericht zum vorliegenden Postulat wird sich deshalb darauf beziehen.

Die Frage einer Parlamentsreform betrifft ein Kernelement des Stadtrats und es obliegt nach Ansicht des Gemeinderats ausschliesslich am Stadtrat, über Fragen zu seiner Organisation zu entscheiden. Der Gemeinderat wird sich deshalb nicht weiter zu diesen Aspekten äussern.

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 18. September 2024

Der Gemeinderat